

Die Europäische Währungsunion (EWU) schafft für die Lohnpolitik in den Teilnehmerländern neue Rahmenbedingungen. Lohnpolitisches Fehlverhalten kann nun nicht mehr über „Inflationierung“ korrigiert und durch Wechselkursanpassung in seiner Wirkung auf die Beschäftigung abgefedert werden. Da das Wechselkursventil entfällt, muß die Anpassung an „Schocks“ künftig unmittelbar auf den Güter- und Arbeitsmärkten erfolgen. Das erfordert von den Tarifparteien mehr noch als bisher die Beachtung einzel- und gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge.

Dissens besteht darüber, welche Konsequenzen sich daraus für die Lohnpolitik ergeben. Dies zeigt auch das jüngste Gemeinschaftsgutachten der sechs großen Wirtschaftsforschungsinstitute. Die Mehrheit der Institute hält angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in den EWU-Ländern und der Verschärfung des Wettbewerbs auf den Güter- und Faktormärkten eine moderate, auf Ausschöpfung der Verteilungsspielräume verzichtende Lohnpolitik für notwendig. Um die Beschäftigungschancen von Problemgruppen zu verbessern, fordert sie darüber hinaus eine größere Differenzierung der Löhne. Eines der Institute hält dagegen unter den Bedingungen einer Währungsunion eine Lohnzurückhaltung für schädlich und fordert eine strikte Ausschöpfung der – durch den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsanstieg und die „Zielinflationsrate“ der Europäischen Zentralbank (EZB) vorgegebenen – Verteilungsspielräume in den Teilnehmerländern.

Begründet wird dies damit, daß in der EWU Unterschiede in der Kostenentwicklung nicht mehr über den Wechselkurs ausgeglichen werden können. Lohnzurückhaltung in einem großen Mitgliedstaat wie Deutschland würde deshalb die anderen Länder, wollen diese Wettbewerbsnachteile vermeiden, zu einer ähnlichen Politik zwingen. Das löse einen Kostensenkungswettlauf aus und beschwöre die Gefahr eines



Eckhardt Wohlers

Zankapfel Lohnpolitik

Deflationsprozesses herauf, mit erheblichen negativen Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung im gesamten EWU-Raum. Um dies zu vermeiden, solle sich die Lohnpolitik EWU-weit auf gemeinsame Lohnleitlinien zur Ausschöpfung der Verteilungsspielräume verständigen.

Hinter alledem steht letztlich die – von der Mehrheit der Institute nicht geteilte – Annahme, daß der internationale Handel ein „Nullsummenspiel“ sei; auch wird bestritten, daß ein Zurückbleiben der Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung insgesamt zu mehr Beschäftigung führe. Überdies ist eine Deflationsspirale bei konsequent potentialorientierter, eine mittelfristige „Zielinflationsrate“ einschließende, Geldpolitik der EZB unwahrscheinlich. Zwar ist nicht auszuschließen, daß es als Folge allgemeiner Kosten- und Preissenkungen vorübergehend zu einem Druck auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kommt. Über den mit sinkenden Preisen einhergehenden Anstieg der realen Geldmenge und nachgebende Zinsen bildet sich aber schon bald ein Gegengewicht heraus. Bedingung ist allerdings, daß die EZB an der mittelfristigen „Zielinflationsrate“ festhält, auch wenn die aktuelle Preisentwicklung darunter bleibt.

Die Verfechter einer vollen Ausschöpfung der Verteilungsspielräume berufen sich auf das Konzept der produktivitätsorientierten Lohnpolitik. Dieses liefert aber nur eine Richtschnur für stabilitätskonforme Lohnsteigerungen bei Vollbeschäftigung. Bei hoher Arbeitslosigkeit ist der Verteilungsspielraum erheblich kleiner; Produktivitätssteigerungen aufgrund einer Substitution von Arbeit durch Kapital oder als Folge der Entlassung von Arbeitskräften müssen unberücksichtigt bleiben. Lohnsteigerungen im Ausmaß des statistisch gemessenen Produktivitätsanstiegs würden deshalb das Beschäftigungsproblem noch verschärfen. Der „beschäftigungsneutrale“ Produktivitätsfortschritt ist schwer abzuschätzen. Doch selbst wenn es gelänge, ihn richtig zu erfassen und die Lohnentwicklung daran auszurichten, würde allenfalls ein weiterer Beschäftigungsrückgang verhindert; neue Arbeitsplätze würden damit nicht geschaffen.

Zwischen den einzelnen EWU-Mitgliedern bestehen immer noch erhebliche Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur und im Produktivitätsniveau, in der Qualifikation und der Mobilität der Arbeitskräfte, in der Struktur der Arbeitsmärkte und im Lohnfindungsprozeß. Unter diesen Bedingungen erscheint eine dezentrale, branchen- und unternehmensspezifische Besonderheiten berücksichtigende Lohnpolitik für die EWU adäquater als eine, die sich an gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsgrößen der einzelnen Volkswirtschaften und an „Lohnleitlinien“ orientiert. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in der EWU muß sie auf Ausschöpfung der Verteilungsspielräume verzichten und darüber hinaus durch stärkere Differenzierung auch weniger qualifizierten und anderen Problemgruppen eine Chance zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt bieten. Damit würde die Lohnpolitik ihr Scherflein dazu beitragen, daß die Europäische Währungsunion ein Erfolg wird.